STADTFORUM BERLIN
SOZIALE INFRASTRUKTUR.

[Un]sichtbare [Infra]strukturen Berlins zukunftsfähig weiterentwickeln

23. Juni 2025

Orte der Daseinsvorsorge wie Kitas, Schulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren oder Sporteinrichtungen stärken den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in der Stadt. Soziale Infrastruktur bildet das Rückgrat lebendiger Quartiere – sie schafft Räume für Bildung, Kultur, Begegnung und Teilhabe und benötigt dafür Flächen.

Gemeinsam mit Fachleuten aus Verwaltung, Planung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurde am 23. Juni 2025 diskutiert, wie diese Orte zukunftsfähig geplant und entwickelt werden können. Rund 200 Gäste kamen zusammen und diskutierten in fünf Dialogstationen, an denen jeweils ein spezifischer Aspekt vertieft wurde.

THEMEN UND DISKUSSIONEN

Senator **Christian Gaebler** eröffnete das vierte Stadtforum in der Reihe „[Un]sichtbare [Infra]strukturen Berlins zukunftsfähig weiterentwickeln“ und stellte die Bedeutung der sozialen Infrastruktur für die Stadtentwicklung heraus. Der Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen betonte die Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken, insbesondere mit Blick auf die integrierte Stadtentwicklung, Quartiersgestaltung und die Nutzung der Städtebauförderung. Entscheidende Fragen seien: Welche Infrastruktur wird wo benötigt? Wie kann sie nachhaltig funktionieren? Die vertiefenden Diskussionen an den Dialogstationen seien besonders wertvoll, um praxisnahes Wissen zu generieren und passgenaue Steuerungsansätze zu entwickeln.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

STEINE FÜR MENSCHEN. SOZIALE INFRASTRUKTUR PLANEN UND BAUEN

Ralf Zimmer-Hegmann vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) thematisierte in einem anschließenden Keynote-Vortrag die strukturellen Herausforderungen im Bereich der sozialen Infrastruktur. Er verwies auf den Sanierungsstau und die Entscheidungsfrage, ob bestehende Einrichtungen modernisiert oder Neue gebaut werden sollen. Dabei müssten insbesondere die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung und schwer planbare Faktoren wie Zuwanderung mitgedacht werden. Er definierte fünf zentrale Herausforderungen und Handlungsansätze:

1. ZENTRALE ORTE DER VERSORGUNG UND BEGEGNUNG:

Orte der Versorgung und Begegnung sind essenziell, besonders für mobilitätseingeschränkte und benachteiligte Gruppen. Sie verbessern die Lebensqualität, fördern sozialen Austausch und Vertrauen und wirken so integrativ.

2. EINRICHTUNGEN ALS AKTEURE UND NETZWERKKNOTEN IM QUARTIER:

Soziale Infrastrukturen können sich zu Plattformen demokratischer Teilhabe entwickeln. Ihre Qualität und Offenheit sind entscheidend für die Förderung sozialen Zusammenhalts.

3. MULTIFUNKTIONALITÄT UND VIELFALT DER ANGEBOTE:

Einrichtungen müssen flexibel nutzbar und für das Quartier geöffnet sein. Dabei gilt es Nutzungskonflikte zu antizipieren. Bauliche Flexibilität unterstützt die Multifunktionalität, die Einrichtungen bleiben dennoch beschränkt und können nur begrenzt Angebote aufnehmen. Durch eine Trägervielfalt gibt es die Möglichkeit, Probleme an der Basis zu lösen.

4. INTEGRIERTE FACHPLANUNG UND BETEILIGUNG ZUSAMMENFÜHREN:

„Der Kampf um knappen Boden“ erfordert eine enge vertikale und horizontale Koordination der Fachplanungen. Akzeptanz für neue Orte und die Zusammenführung von Angeboten (Mehrfachnutzungen) entsteht durch transparente Kommunikation und frühzeitige Einbindung von Trägern und Bewohnerinnen und Bewohnern. Diese Prozesse brauchen Zeit.

5. GANZHEITLICHES DENKEN VON BAU UND BETRIEB:

Nachhaltige Infrastrukturen erfordern neben dem Bau auch den langfristig gesicherten Betrieb. Qualitätsvolle Einrichtungen brauchen Räume, Personal und attraktive Angebote. Investitions- und Betriebskosten sollten von Beginn an im Zusammenhang betrachtet werden. Dabei sollten auch Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement mitgedacht werden.

Zimmer-Hegmann schloss seine Keynote mit dem Hinweis, dass Einsparungen im Bereich der sozialen Infrastruktur langfristig negative Folgen haben.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

BERLIN

SENATOR UND GÄSTE IM GESPRÄCH

Aufbauend auf dem Impulsvortrag führte die Moderatorin Ricarda Pätzold anschließend durch ein Gespräch mit dem Senator und seinen Gästen.

Heike Schmitt-Schmelz, Bezirksstadträtin für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur, betonte die Herausforderungen bei der gemeinsamen Nutzung öffentlicher Gebäude, etwa aufgrund von Besitzstandsdenken und unterschiedlicher Interessen. Auch die zersplitterte Finanzierung über viele kleine Töpfe erschwere nachhaltige Lösungen. Notwendig seien ausreichend Personalressourcen sowie mehr Verständnis bei Planenden für multifunktionale Konzepte.

Dr. Torsten Kühne, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF), hob hervor, dass Schulen nicht nur Bildungsorte, sondern auch Lebensräume seien und dementsprechend gestaltet werden müssten. Sie seien Ankerpunkte im Kiez. Anstatt konkurrierende Nutzungen nebeneinanderzustellen, plädierte er für integrierte Planungen. In Bereichen wie dem Sport sei sozialräumliche Öffnung bereits gängige Praxis. Ein Blick auf europäische Städte zeige, dass Mehrfachnutzung sinnvoll und machbar sei. Zur Lösungsfindung müssten Nutzungskonflikte bereits antizipiert werden.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

BERLIN

Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt), nannte die Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung (SIIP) als zentrale Voraussetzung für abgestimmte Planungen zur sozialen Infrastruktur in Berlin. Er unterstrich die Bedeutung einer funktionierenden Planungskoordination und digitaler Werkzeuge zur Information und Steuerung. Die größte Herausforderung liege darin, Anforderungen frühzeitig zu erkennen und ressortübergreifend zusammenzubringen.

Ralf Zimmer-Hegmann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), machte deutlich, dass die Umsetzung integrierter Infrastrukturstrategien eine große Herausforderung darstelle. Die Sonderfunktion Berlins als Stadtstaat bietet Vorteile, etwa durch geringere regionale Disparitäten im Vergleich zu Flächenländern mit ausgeprägten ländlichen Räumen.

Das weitere Gespräch auf dem Podium zeigte die Spannungsfelder zwischen Beteiligung und Planungsgeschwindigkeit deutlich auf. Heike Schmitt-Schmelz berichtete, dass es herausfordernd sei, die Öffentlichkeit in langfristige Planung einzubinden. Beteiligung sei jedoch entscheidend, um Akzeptanz für Mehrfachnutzungen zu schaffen. Damit Prozesse nicht zu Frustration führen, müsse Beteiligung gut gestaltet sein – gezielt, niederschwellig und zu passenden Zeitpunkten.

Christian Gaebler schloss an, bestehende Planungsprozesse seien kritisch zu überprüfen, da sie stark formalisiert und die Umsetzung oftmals langwierig sei. Er betonte die Bedeutung einer gut aufeinander abgestimmten Fachplanung und den Vorteil, dass informelle Beteiligungsformate oft näher an der Realität vor Ort seien und mehr Erkenntnisse liefern könnten.

Zur Abfederung von Bedarfsspitzen stellte Dr. Torsten Kühne dar, dass Berlin bereits auf Beschleunigung im Schulbau reagiert habe, unter anderem mit einem Typenbauprogramm zur Erhöhung der Quantität. Temporäre Bauten wie Schulpavillons seien etabliert und könnten flexibel eingesetzt werden. Ziel sei ein dynamisches, bedarfsangepasstes Schulnetz mit schulartübergreifender Nutzbarkeit.

Ralf Zimmer-Hegmann lenkte den Blick auf die sozialen Aspekte. Die Gestaltung müsse stärker auf eine alternde, zunehmend heterogene Stadtgesellschaft eingehen. Es gelte, Orte zu schaffen, die Interaktion und Integration zwischen verschiedenen Gruppen fördern können, insbesondere auch für diejenigen, beispielsweise Seniorinnen und Senioren, deren Bedarfe oft unsichtbar bleiben.

Nachfolgend wurden verschiedene Themen rund um soziale Infrastruktur in fünf parallel stattfindenden Dialogstationen vertiefend diskutiert.

Dialogstation 1

SOZIALE INFRASTRUKTUR FÜR STARKE NACHBAR-SCHAFTEN

Wie kann soziale Infrastruktur lebendige Quartiere stärken? Der Fokus liegt auf Herausforderungen im Bestand, neuen Ansätzen und der Frage, wie Einrichtungen Teilhabe, Integration und Zusammenhalt fördern können.

Impulse von:

STEFFEN SAMBILL,

Sportjugend Landessportbund Berlin
Input: Das Projekt SpOrt365

Als hauptamtlicher Vorstand des Sportjugend Landessportbund Berlin, berichtete Steffen Sambill von dem Projekt SpOrt365 mit den Leitmotiven Teilhabe, Inklusion, Prävention und Partizipation als konkretes Beispiel-projekt im Görlitzer Park.

UWE MACHURA,

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (ASGIVA)
Input: Stadtteilzentren und niedrigschwellige Sportangebote – Teilhabe und Partizipation als wichtige Bausteine der Daseinsvorsoge

Die Gruppe erhielt einen Input mit Fokus auf Stadtteilzentren und niedrigschwelligen Sportangeboten. Gesamtstädtische Nach-barschaftshäuser seien zielgruppenübergreifende Angebote und könnten so Teilhabe und Partizipation als wichtige Bausteine der Daseinsvorsoge stärken.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

BERLIN

WAS WAREN DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER DISKUSSION

An der Dialogstation „Soziale Infrastruktur für starke Nachbarschaften“ tauschten sich die Teilnehmenden in acht Kleingruppen aus. In der sich anschließenden offenen Diskussion wurde schnell deutlich, dass einige Potentiale in Berlin noch ungenutzt seien. Vor allem Projekte aus der Zivilgesellschaft würden noch versteckte Ressourcen beinhalten. Im Zuge dessen wurde für Berlin eine „Projektitis“ diagnostiziert, aufgrund derer es herausfordernd sei, die bei vielen Projekten entstehenden Synergien, auch sinnvoll zu nutzen. Anlaufstellen sollten zentral und bekannt sein, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren anzusprechen.

Die Teilnehmenden betonten die Bedeutung einer offenen Fehlerkultur und den Mut zu Pilotprojekten. Für eine nachhaltige soziale Infrastruktur seien Verstetigung, Rückkopplung und institutionelle Verankerung entscheidend. Innovative Maßnahmen wurden u. a. in aufsuchender Beteiligung, Co-Moderation durch Jugendliche und der Nutzung digitaler Tools gesehen. Beteiligung sollte dabei als „machbare Aufgabe“ verstanden werden, nicht immer sei dafür ein „perfektes Format“ erforderlich. Relevante Akteure seien neben Schulen, Jugendhilfe, Stadtteilzentren und Sportvereinen vor allem die stadtteilbezogenen Koordinationseinheiten. Die Verwaltung spiele eine Schlüsselrolle durch das Setzen von Rahmenbedingungen, das Bereitstellen von Ressourcen und als verbindende Schnittstelle zwischen den Akteuren.

Auch die Relevanz von sozialer Infrastruktur als Schutzraum wurde hervorgehoben. Besonders wichtig war der Gruppe, Menschen mit Einschränkungen mitzudenken und Orte und Strukturen auf ihre Hürden hin zu prüfen.

INNOVATIVE MASSNAHMEN:

- Sport- und Erholungszentrum (SEZ) oder Hubertusbad als Raumwunder
- Leerstand Ringcenter
- Dezentrale Strukturen
- PLAN B 2030 Gemeinsamkiez; Nachbarschaft = Organizing
- Räume d. Gemeinwohls temporär bereitstellen ist oft leicht
- Potential von Mehrfachnutzung kommerziell zu nutzen
- National Building lab etc. für transdisziplinäre Kooperation und Leitbilderstellung
- Stadtteilkoordination in jedem Prognoseraum
- Leerstand von Bädern, SEZ
- Innovative (Dezentrale) Strukturen/ Stadteilzentren
- Soldiner Straße / Fabrik Osloer Straße
- Nachbarschaften
- Positivbeispiel für Zwischennutzung → Oderberger Str. Stadtbad
- Kreuzberg Wassertor
- Thermometer Siedlung // HOWOGE
- Bsp.: Sport 365 Thermometer Siedlung

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Unzureichende Infrastruktur, Barrierefreiheit vor Ort, Wege
- Komplexität! Baulich, bei Mehrfachnutzung, Wissen, Finanzierung, ... Beteiligte
- Menschen mit Mobilitätseinschränkung mitdenken
- Nutzungsbedarfe vs. Raumkapazitäten
- (kurzfristige) Projektfinanzierung; Allgemein: Unzureichende Mittel für Personal, Material, Hausinfrastruktur...; viele diverse Bedarfe, zu wenig Raum, Personal zur Koordinierung etc.
- Finanzierung von Mieten und Stellen
- Beispiele in organisierter Zivilgesellschaft finden; Was sind negatibe Faktoren?
- Wirksamkeit / Anerkennung
- Abbau Bürokratie (z.B. Selbstverwaltete Schlüsselausgabe)
- Herausforderung Mitmachen!
- Zielgruppen erreichen

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

RAHMENBEDINGUNGEN:

keine Hinweise

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Vorhandene Räume nutzen, bspw das Management in Lebendigen Zentren und Quartieren (LZQ) → Hürden der Veranstalter dafür abbauen
- Fokus auf Quantität > Qualität; Kommunikation (Berichte etc.) starte ‚von oben'; beschränkter Raum für tatsächliche Alltagsaktivitäten, die Bedarfe d. Bewohnenden
- Geld fehlt
- Strukturen nicht nachhaltig
- Verantwortung für das Quartier = Ehrenamtssache?
- Machbar; grün; gebastelt

GELINGENSFAKTOREN:

- Kooperationsvereinbarung zur Stadtteilarbeit
- Kooperationen sind wichtig
- Kooperationsvereinbarungen zur Zusammenarbeit
- Hürdenabbau, um erstmal anzufangen (Pilotprojekte)
- Gute Zusammenarbeit der Fachämter
- Dezentralität
- Selbstorganisiert; demokratisch, Unterstützung, Motivation, Stabilität

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

GELINGENSFAKTOREN:

- Austausch und voneinander lernen Bsp.: Mobile Stadtteilarbeit
- Flächen-/Ressortübergreifendes Denken & Durchführen
- Ressourcen nutzen, die schon da sind (Leute, Dinge)
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nutzen
- Vorhandene Netzwerke (Nachbarschaften) & Akteurinnen und Akteure stärken/ausbauen/nutzen
- Finanzielle/politische/sonstige Unterstützungsring um Stadtteilzentren (STZ) herum
- Kollektive Kultivierung von Organisierungskompetenz + Normalisierung sich einzubringen
- Hebelwirkung von Drittmitteln z.B. durch Krankenkassen
- Öffentlichkeitsarbeit! Kommunikation der sozialen Treffpunkte als Ressource für alle Lebensphasen/ -situationen
- Bewegungsfördernde gemeinsame Nenner; Sport, Kultur etc.
- Immobilienunternehmen als Bereitsteller von Räumen
- Zivilgesellschaftliche Akteure bündeln (Verband für sozial-kulturelle Arbeit, VskA)
- Verträglichkeit mit Jugendkultur, Soziales (Integration, Inklusion, Gender)
- Dreamteam Stadtteilzentrum und Stadtteilkoordination > STZs an Sitzen andocken
- „Kümmererstruktur“ (Orte, Menschen, Geld)
- Wissensmanagement
- Schlüsselpersonen fördern + aufbauen
- Multiplikatoren + Vernetzung + Kooperationen
- Vorhandene Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo)
- Beziehungsarbeit (Verstetigung) mobile Stadtteilarbeit
- Erreichung von Zielgruppen durch dezentrale Strukturen
- Sport als Ort für Begegnung
- Ressortübergreifenden Arbeiten
- Wohnungsbaugenossenschaften/-Gesellschaften
- Mitfinanzierung über andere Ressorts sichern: Kulturort, Beschäftigungsförderung, Pflege, Klimaschutz

AKTEURE:

- Verband für dezentrale Stadteilarbeit Risdorf e.V.
- Beauftragungen. Strukturen, Bsp. BENN Stadtteilkoordination, VskA ...
- Akteure bez. StK
- Sportvereine
- Landeseigene Wohnungsunternehmen (LWU) Abteilung Quartiersentwicklung – Koordination
- Geschäftsstraßenmanagement
- Immobilienunternehmen als Akteure zur Bekanntmachung
- Wirtschaftsförderung
- Betreiber von bspw. Unterkünften gemäß des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG-Unterkünften) u.v.a das Zusammenspiel der Akteurinnen und Akteure; Verbindlichkeit, Anreiz; Raum zum Zusammenkommen
- Spezifische ‚Projekte'/Stellen → die neue Zielgruppen erreichen
- Stadtteil- und Gebietskoordination
- Stadtteilzentren; Nachbarschaftstreffs: formell & informell
- Schlüsselfiguren zu spezifischen Communities: z. B.: Stadtteilmütter, migrantische Selbstorganisation, ...

HIER KÖNNEN DIE SENSTADT UND WEITERE VERWALTUNGEN EINE WICHTIGE ROLLE SPIELEN:

- Verteilung von Geldern neu denken
- Bezirk, Kooperationsvereinbarung zur Teilhabe + Raumnutzung

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Dialogstation 2

SOZIALE INFRASTRUKTUR ZUR STÄRKUNG STÄDTISCHER ZENTREN

Welche Rolle kann soziale Infrastruktur übernehmen, um städtische Zentren im Wandel zu unterstützen?

Impulse von:

REINER SCHMOCK-BATHE,

Referatsleitung Stadtkultur, Bibliotheken, Archive, Musik- und Jugendkunstschulen in der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Input: Öffentliche Bibliotheken als Rettung städtischer Zentren?

Reiner Schmock-Bathe berichtete in seinem Impuls, wie viel öffentlichen Bibliotheken neuerdings zugetraut werde. Wurden sie früher als Ort für Bücher und Zeitungen angesehen, so werden sie heute als „Garden, Laboratory, Sanctuary und Hub“ beschrieben. Sie seien vielfältig anschlussfähig und von vielen für sehr vieles zu nutzen. Tatsächlich könnten sie, so lautete sein Fazit, der Prototyp des Dritten Ortes sein und ihr Umfeld verwandeln. Bis das in Berlin wie geplant flächendeckend passiere, sei noch ein Stück zu gehen.

JANINE WOLTER,

Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Neukölln
Input: CAMPUS Efeuweg – Zentrum für Sprache und Bewegung

Janine Wolter berichtete in ihrem Impulsvortrag von zwei konkreten Projekten in Neukölln. Das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt sei ein kulturelles Herzstück im Süden Neuköllns. Als eines der größten kommunalen Kulturzentren Berlins biete es seit Jahrzehnten Raum für Theater, Musik, Tanz, Ausstellungen und Nachbarschaftsveranstaltungen. Doch es sei mehr als nur ein Veranstaltungsort: Es sei ein sozialer Ankerpunkt – ein „Dritter Ort“, der niedrigschwellig Begegnung, Teilhabe und kulturelle Bildung ermöglicht. Hier kämen Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkünfte und Lebensrealitäten zusammen. Gerade in einer Großwohnsiedlung wie der Gropiusstadt mit besonderen sozialen Herausforderungen müsse dieses Haus ein Ort der Stabilität, der Gemeinschaft sein. Bei dem zweiten Beispiel der Impulsgeberin handelte es sich um das Zentrum für Sprache und Bewegung auf dem nahegelegenen Campus Efeuweg. Dort wurde Anfang 2024 ein neuer Ort geschaffen, der Bildung und Gesundheitsförderung innovativ verbindet. Es steht für einen ganzheitlichen Ansatz: Sprache, Bewegung, frühe Förderung und Familienarbeit greifen hier ineinander. Die bauliche Gestaltung ist offen, flexibel und lädt zur Mehrfachnutzung ein – genau das, was eine zukunftsfähige soziale Infrastruktur braucht. Beide Beispiele zeigen, so die Bezirksstadträtin: Soziale Infrastruktur ist kein „Add-on“ – sie ist zentral für lebendige, resiliente Stadtteile.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen BERLIN

WAS WAREN DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER DISKUSSION

In vier Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden die Rolle sozialer Infrastruktur für lebendige Stadtzentren. Sie kamen aus unterschiedlichen Fachbereichen und brachten vielfältige Perspektiven ein, die die Diskussion bereicherten und den Blick auf die zuvor gehörten Kurzvorträge erweiterten.

Ein zentrales Thema war die langfristige Finanzierung sozialer Infrastruktur. Eine vorgeschlagene Lösung war ein gemeinsamer Finanzierungstopf, der soziale Einrichtungen wie Bibliotheken verlässlich unterstützt und Planungssicherheit schafft.

Bibliotheken wurden mehrfach als zentrale Orte des sozialen Miteinanders hervorgehoben. Die Teilnehmenden berichteten von positiven Erfahrungen mit aufsuchender Bibliotheksarbeit, die Menschen in prekären Lebenslagen erreicht. Als sogenannte „dritte Orte“ bieten Bibliotheken kostenfreie, sichere und niedrigschwellige Räume für Begegnung, Bildung und Rückzug. Besonders für Menschen mit wenig Ressourcen sind sie essenziell.

Eine Gruppe beschrieb die historische Entwicklung von Bibliotheken mit dem Bild vom „Entstehen, Leben und Sterben“ dieser Orte. In Berlin gab es früher viele kleine Kiezbibliotheken, die später geschlossen wurden, weil sie als nicht mehr zeitgemäß galten. Heute sehen viele diesen Verlust kritisch und erkennen rückblickend den Wert dieser wohnortnahen Formate.

Die Frage nach der Lage und Erreichbarkeit sozialer Infrastruktur erwies sich als weiterer wichtiger Aspekt. Alle waren sich einig, dass diese Orte sichtbar und gut erreichbar sein müssen. Sie sollen sich in der Nachbarschaft verankern, Menschen anziehen und so eine verbindende Funktion übernehmen. Versteckte Standorte verhindern dagegen, dass die Infrastruktur ihr volles Potential entfaltet.

Auch strukturelle Hürden kamen zur Sprache. Alte Bebauungspläne und starre Verwaltungslogiken erschweren flexible Lösungen. Die Teilnehmenden kritisierten das „versäulte Denken“ in den zuständigen Behörden, das eine integrierte Planung verhindere. Zusätzlich wurde der Umgang mit den oft hohen Erwartungen der Nutzenden als Herausforderung beschrieben, insbesondere bei begrenzten Ressourcen.

Ein weiterer zentraler Punkt betraf das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt. Alle Gruppen betonten, dass ehrenamtliches Engagement die Arbeit sozialer Infrastruktur bereichern kann, sie jedoch nicht ersetzen darf. Damit diese Orte funktionieren, brauche es hauptamtliche Fachkräfte, die Verantwortung tragen, Qualität sichern und langfristig Strukturen aufbauen.

INNOVATIVE MASSNAHMEN:

- Noteingang / Zufluchtsort (sanctuary)
- Bibliotheken: Orte der Wärme, Orte der Kühle
- Konsumfreie Orte
- Geschützte Räume
- Im Cyberraum denken
- Einkaufszentren mit Ikea Küchenplanung, Musikschule, Café → Bsp.: Barbican in London
- Bibliotheken als Orte der Demokratieförderung
- Finanzierungstopf in den alle Ressorts einzahlen
- Öffnungszeiten Open Library, selbstgesteuerter Zugang
- Bibliotheken = Blumenstrauß
- Neue Mitte Tempelhofer Feld (THF), kulturelles Zentrum schaffen
- Drittorte schaffen für wenig privilegierte
- Ausleihe! Bibliothek der Dinge
- Kulturzentrum (BRN), Akteursgruppen (div.), Zielgruppen; offenes Angebot in offener Architektur
- Bibliotheken → kein Erklärungszwang

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Zentren ohne Post, Banken, Leerstand
- Große Handelsimmobilien sind in Privateigentum
- Mieterwartungen schränken Nachnutzung ein
- Umbruch im Shopping-Center (SC) Lage im SC oft versteckt
- Finanzierung bei Investition und Betrieb in Ressort denken
- Mieten auf freiem Markt trotz Leerstand für öffentliche Hand nicht bezahlbar
- Ansprüche an die sozialen Infrastrukturen sind hoch
- Orte, Bedarf, Ressourcen müssen gematcht werden
- Hürden sind Personal & Finanzen
- Was kann hier Aufenthaltsqualität sagen?

AKTEURE:

- Förderkreise
- Ehrenamt
- Hauptamt
- Manager:in für Ortsnutzung erforderlich
- Private & Gewerbliche Akteure
- Kammern + Verbände: Themen aufgreifen und vertiefen (Arbeitskreise)

GELINGENSFAKTOREN:

- Wandel analysieren, welcher Wandel
- Zugänglichkeit von Orten – Frequenz (Bsp. Gemeinschaftshaus)
- Verlässliche Partner
- Bedarf aus Nachbarschaft decken
- Sichtbarkeit der Angebote die als Magnete wirken
- Ortsbezeichnung Bibliothek attraktiver für Zielgruppe
- Bibliotheksentwicklungskonzept ! Aktives Aufsuchen; Personalressourcen; etc.
- Kleinräumige Lage + Erreichbarkeit entscheidend ‘versteckt im Zentrum’ reicht nicht
- Synergien soziale Infrastruktur und Gewerbe: z.B. Café bei Bibliothek
- Mitgestaltung und Öffnung nach außen
- Förderprogramme helfen
- Umbrüche durch veränderte Technologien berücksichtigen
- Besser klein als gar nicht
- Ehrenamt braucht Hauptamt

RAHMENBEDINGUNGEN:

- Wandel verschiedener Arten: Einkaufsverhalten, Generationen, Ausgehverhalten
- Verständnis als dritte Orte
- 4 Bücherbusse, 66 Bibliotheken + Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)
- Lage, Wahrnehmung, place-making
- Sind diese Nutzungen ‚Mittel zum Zweck‘? Zum Verhindern des Trading Down
- Fachpolitische Vorgaben z.B. für Bibliotheken (Größe, Mindeststandards etc.)

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

HIER KÖNNEN DIE SENSTADT UND WEITERE VERWALTUNGEN EINE WICHTIGE ROLLE SPIELEN:

- Bibliotheken als selbstverständlicher Teil der Stadtplanung
- Neues Stadtquartier (NSQ); n=1 mit Bibliotheksplanung
- Planungskoordination Soziale Infrastruktur (PlaKOSI)
  – Bedarf abschätzen
- Priorisierung im Haushalt erforderlich
- Beteiligung besser ermöglichen (keine Verzweigung)

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Dialogstation 3

SOZIALE INFRASTRUKTUR IN DEN NEUEN STADTQUARTIEREN

Welche Rolle spielt soziale Infrastruktur beim Aufbau neuer Nachbarschaften? Im Mittelpunkt stehen frühe Angebote für Familien, flexible Planung, rechtliche Rahmenbedingungen und die Chance, von Beginn an Gemeinschaft zu fördern.

Impulse von:

JESSICA THIEMANN,

Leiterin der Sozialraumorientierten Planungskoordination, Bezirksamt Neukölln

Input: Von Anfang an mitgedacht – Soziale Infrastruktur mit sozialraumorientierter Planung strategisch steuern

Jessica Thiemann erläuterte am Beispiel der Buckower Felder, wie soziale Infrastruktur mit sozialraumorientierter Planung strategisch gesteuert werden kann. Sie plädierte dafür, dass soziale Infrastruktur als integraler Bestandteil der Quartiersentwicklung frühzeitig in Planungsprozesse intergiert und implementiert werden muss, um den vielfältigen Bedarfen heterogener Zielgruppen gerecht zu werden. Sozialraumorientierte Planungskoordination ermöglicht dabei eine fachübergreifende Steuerung und bedarfsgerechte Ausgestaltung infrastruktureller Angebote.

STEFANIE SCHELLIN, DOMINIQUE SANDTEN UND JULIANE ORGIS

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Input: Soziale Infrastruktur schafft Mehrwerte am Beispiel des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick

Stefanie Schellin und Juliane Orgis gaben einen Input, welchen Beitrag vielfältige soziale Infrastrukturen bei der Entwicklung attraktiver Quartiere leisten. Am Beispiel des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick wurde gezeigt, wie durch integrierte Planung und die Entwicklung sozialer Infrastrukturen sowohl der durch den Wohnungsneubau entstehende Bedarf am Standort gedeckt als auch Mehrwerte für angrenzende Bereiche und Nachbarschaften geschaffen werden können. Innovative und nachhaltige Lösungsansätze, wie die Mehrfachnutzung auf dem ehemaligen Gaswerkstandort, sollen dabei zur Entwicklung lebenswerter Quartiere mit vielseitigen, bedarfsgerechten Angeboten beitragen.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen BERLIN

WAS WAREN DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER DISKUSSION

In den Kleingruppen wurde betont, dass Stadtentwicklung stets für die Menschen erfolgen muss – und zwar für alle Altersgruppen, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche. Die Teilnehmenden unterstrichen die Bedeutung von Mehrfachnutzungskonzepten, um vorhandene Räume effizienter und bedarfsgerechter zu nutzen.

Ein zentrales Thema war das Zusammenleben von alter und neuer Bewohnerschaft. Um sozialen Zusammenhalt zu stärken, sollten Räume – gut sichtbar und niedrigschwellig zugänglich in Erdgeschossen – geschaffen werden, die auch ehrenamtliches Engagement fördern und ermöglichen.

Zudem wurde die Notwendigkeit betont, die Bezirke frühzeitig in die integrierte Planung von neuen Stadtquartieren einzubeziehen, um lokale Bedarfe besser zu berücksichtigen und Planungssicherheit zu schaffen.

INNOVATIVE MASSNAHMEN:

- Flächenankauf
- Räume für nicht-öffentliche Nutzungen und Akteure (unentgeltlich nutzbar machen) → Kulturraumförderungsgesetz erforderlich + Ausführungsvorschriften, AV (wie Sportanlagen-Nutzungsvorschriften, SPAN)
- Vereinsgründungen und Nachbarschaftsbildung unterstützen
- Nachbarschaftsmanagement
- Neue Stadtquartiere als Chance sozialer Infrastruktur mitzudenken
- Begegnungsstätten
- Rolle von / Räume für nicht öffentliche Institutionen
- Berliner Wohnlandmodell (als Anfang)
- Verschiedene Angebote für verschiedene Träger
- Integrativer Ansatz Mediation → Prozessbegleitung
- Räume für zivilgesellschaftliches Engagement → selbst kreieren + finanzieren Beispiel: Interkular gGmbH: Stadtteilzentrum Betreiber → ab 17 Uhr mietfreie Nutzung; Mischnutzungen und Querfinanzierungen

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Finanzierung
- Ausreichend Flächen
- Wie kommuniziert Stadt mit ihren Bewohnern? (niederschwellig!)
- Bedarfe der ‚alten' und ‚neuen' Bewohnerschaft matchen + umsetzen
- Verbindlichkeit (Umsetzungs-)
- Jugendliche brauchen Räume/Möglichkeitsräume Rahmen klar kommunizieren → was sind Möglichkeiten in neuen Stadtquartieren (NSQ)

RAHMENBEDINGUNGEN:

- NutzerInnen Prognose bzw. Bedarfsermittlung
- Finanzierung!!!
- Auch kurzfristige ‚Mehrkosten', die langfristige Mehrwerte bringen (im Betrieb)

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

HIER KÖNNEN DIE SENSTADT UND WEITERE VERWALTUNGEN EINE WICHTIGE ROLLE SPIELEN:

- Eindeutige Klärung von Verantwortlichkeiten
- Auswertung Berliner Wohnmodell auf weitere Einrichtungsarten
  [Anm. d. Red.: gemeint ist das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung]
- Geeignete Förderprogramme auflegen

GELINGENSFAKTOREN:

- Es braucht effektive Auswirkung auf die bauliche Planung/Umsetzung
- Räume für Initiativen und Ehrenamt mitdenken
- Vorhandene Defizite in der Region mitdenken
- Stadtteilzentren
- Ansprechperson vor Ort
- Bedarfsabfrage
- Klarheit für soziale Träger
- Verzahnung Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo) + Bezirkliche Rahmenplanung (BZRP)
- Frühzeitige Einbindung der Bezirke
- NSQ neues Stadtquartier – ab 1000 Wohneinheiten
- NSQ Pankow, Abfrage Bedarfe bei Bezirken / Fachämtern
- Lösungen in den neuen NSQ → hier Mehrfachnutzung
- Zugänglich, barrierefrei + inklusiv planen + divers
- Plattform + Mittel für Engagement

AKTEURE:

- Beteiligung von Kindern & Jugend
- Bedarfe mit bezirklichen Fachämtern abstimmen
- Initiativen sichtbar machen
- Ehrenamtliche Projekte
- Vernetzung mit Umfeld (z.B. vereinen in Nachbarschaften)
- Vereinsleben/ Fördervereine z.B. Feuerwehr, Sport
- Beteiligung von Vereinen/Trägern/potentiellen Netzwerken (und öffentliche Institutionen) bei der Planung

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Dialogstation 4

MEHRFACHNUTZUNG VON SOZIALEN INFRASTRUKTUREN

Wie kann Mehrfachnutzung helfen, knappe städtische Ressourcen besser zu nutzen? Der Fokus liegt auf innovativen Nutzungskonzepten, Synergien im Bestand und der Frage, wie soziale Infrastruktur flexibel mitgedacht und etabliert werden kann.

Impulse von:

STEFAN ZENKER,

Geschäftsführung der KIEZquartier gGmbH
Input: Leistbare Räume für soziale Nutzungen und das mitten in Berlin? Kiezquartier geht neue Wege

Stefan Zenker berichtete von der KIEZquartier gGmbH, die von sieben Sozialträgern zum Zweck der Schaffung und des Betriebs von sozialen Zentren (Kiezquartieren) geschaffen wurde. Im so entstandenen „Miteinander HAUS Gotenburger Str.“ ist es gelungen in enger kooperativer Zusammenarbeit von ausschließlich öffentlichen und gemeinnützigen Akteuren in Berlin Mitte auf 3.300 m² neuen leistbaren Wohnraum für 118 Menschen mit geistiger -, seelischer- oder Mehrfachbehinderung, für geflüchtete Menschen und deren Kinder zu schaffen und Flächen für eine Kita und ein Projekt für schuldistanzierte Jugendliche bereitzustellen und langfristig für diese Zwecke zu sichern.

ANDY HEHMKE ,

Bezirksstadtrat für Schule, Sport und Facility Management, Friedrichshain-Kreuzberg
Input: Öffentliche Einrichtungen kooperieren bei der gemeinsamen Nutzung von öffentlichen Ressourcen

Bezirksstadtrat Andy Hehmke informierte, dass sich 80 % der nutzbaren Flächen der Schulstandorte im Eigentum des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg befinden. Diese Flächen werden zu festen Zeitfenstern und für schulische Zwecke genutzt. Am Beispiel einer langjährigen Kooperation zwischen der Justus-von-Liebig-Grundschule, einer Jugendfreizeitstätte und der Musikschule Friedrichshain zeigte er, wie es öffentlichen Akteuren gelingen kann, vorhandene Ressourcen gemeinsam zu nutzen, Synergien zu erzeugen und einen Mehrwert für alle Beteiligten zu schaffen. Für das Gelingen sei ein über Jahre gewachsenes Netzwerk ausschlaggebend. In neueren Projekten könne man dies über Kooperationsvereinbarungen erreichen.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen BERLIN

WAS WAREN DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER DISKUSSION

In den Kleingruppendiskussionen wurde deutlich, dass es bereits viele gute Beispiele für Mehrfachnutzungen gibt. Von der Stadtteilarbeit über Mehrfachnutzung in (Grund-)Schulen, auf Schulhöfen oder in Kirchen. Selbst von Clubs, die vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden genutzt werden, gibt es Berichte erweiterter Nutzungen (insbesondere in Zeiten von Corona). Auch aus dem Einzelhandel (Beispiel Karstadt) oder von Freiflächen konnten die Teilnehmenden berichten. Zudem seien in Zukunft Kombinationen von Kita, Physiotherapie und Ärzten und vieles mehr denkbar. Häufig seien das jedoch Modellprojekte, die noch kein Standard seien.

Viele Initiativen und Ideen würden an rechtlichen oder organisatorischen Hürden scheitern. Ressourcen müssten gebündelt werden, z.B. in Form einer Beratungsstelle/Hotline zu grundsätzlichen und rechtlichen Fragestellungen sowie zur Haftung. Fragen rund um die Etablierung von Mehrfachnutzungen seien häufig die Gleichen. Einheitliche Standards für die Bezirke könnten helfen, Prozesse zu beschleunigen. Im Bezirk Mitte etwa gäbe es ein Formular zur Nutzung von Innenräumen von Schulen, dass es in den anderen Bezirken bisher nicht gebe.

Ein großes Hemmnis für die Etablierung von Mehrfachnutzungen wurde seitens der Teilnehmenden in der KRL (Kosten- und Leistungsrechnung) gesehen. Hilfreich hingegen sei eine Übersicht über öffentliche Gebäudebestände und Freiflächen. Insgesamt brauche es einen ganzheitlichen Planungsansatz.

Zu häufig würden verschiedene Angebote nebeneinander geschaffen, die aus verschiedenen Töpfen finanziert würden. Durch eine Zusammenarbeit und bessere Verzahnung der Angebote könnten mehr Synergien entstehen und Projekte längerfristig gesichert werden. Wichtig sei auch, dass sich verschiedene Förderansätze nicht gegenseitig ausschließen.

Im Zusammenhang mit der Nutzung und dem Betrieb wurden auf Finnland verwiesen. Dort gäbe es digitale Buchungstools, die als Vorbild für niedrigschwellig Buchungssysteme fungieren könnten. Insbesondere die personellen Ressourcen zur organisatorischen Betreuung von Mehrfachnutzungen, sogenannte Kümmerer und Hausmeisterinnen und Hausmeister, seien zentral für den Betrieb mehrfachgenutzter Einrichtungen. Hilfreich erscheinen nach den Hinweisen der Teilnehmenden auch Generalmieter, die Einrichtungen für mehrere soziale Träger zur Verfügung stellen. Zudem könnten die landeseigenen Wohnungsunternehmen stärker in die Pflicht genommen werden sowie Mehrfachnutzung auf private Liegenschaften ausgeweitet werden.

INNOVATIVE MASSNAHMEN:

- Zweckgebundene Ablösemöglichkeit für Spielflächen bei Neubau (analog Stellplatz Ausführungsvorschrift, AV)
- Clubs als Raumressource für Mehrfachnutzung (MFN)
- Versicherung Bsp.: Sport am Wochenende, Haftungsausschluss‘
- Generalmieter für mehrere soziale Träger
- Öffnung Schulhöfe /doppelte Buchung in KLR?
- Handlungssicherheit wie bei Ehrenamt ermöglichen
- Kombi: Kita + Physio/Arzt
- Leerraum! Immer mitbauen / Nutzer findet sich immer
- Einheitliche/ vereinfachte Vorlagen für MFN
- Gezielte Finanzinstrument
- Wunsch nach Hotline für Rechtsberatung / Versicherungsfragen
- Anforderung für flexible Nutzung bei Neubau (auch landeseigene Wohnungsunternehmen, LWU) sowie kluge Rumkonzepte
- Bsp. Genezarethkirche Neukölln
- Versicherung / Haftungsausschluss / Bsp. Sport am Wochenende auf Schulgelände

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Unterschiedliche Bedarfe der „Stakeholder“
- Vermietungsbetrieb unterschiedlicher Träger
- Ausweitung auf private Liegenschaften
- Raumnot
- Leistbare Räume für soziale Nutzung
- MFN in Kirchen, Vermietungen möglich → ehrenamtliches Engagement
- Haushaltsjahr vs. Programmjahr.
- Gesamtstädtische Konzepte für Kitas (MFN)
- Unterschiedliche Nutzungsbedarfe
- MFN im Bestand und Neubau mitdenken
- Raumnot

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

RAHMENBEDINGUNGEN:

- Kooperationsvereinbarungen
- Mehrwert für beide Seiten
- Möglichkeiten für regelmäßigen Austausch
- Offenheit der Akteure für MFN

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Familienzentren in Kitas → bauliche Anpassungen früh mitdenken
- Schließsysteme
- LWU stärker in Pflicht nehmen
- „KLR“ abschaffen
- Geld für die Investition vs. Geld für die Bereitstellung
- Grundsätzliches Zustimmung – aber es fehlt der ‚Topf‘ Mehrfachnutzung
- Mittel für Investition & Betrieb

AKTEURE:

- Landeseigene Wohnungsunternehmen
- Sozialverbände … können vernetzen
- Wohnungsunternehmen
- „Kümmerer“ nötig
- Mehrfachnutzung braucht personelle Ressourcen
- Übersicht über öffentliche Gebäude nötig
- Mehrfachnutzung als Managementleistung

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

GELINGENSFAKTOREN:

- Kluge Raumkonzepte
- Einfach mal machen/ausprobieren
- Mehr Pragmatismus wagen
- Jahrzehnte aufgebaute Netzwerke
- Kooperative Planung (auch in der Phase Null)
- Gelebte Kultur – jahrzehntelang geübte Praxis / aufgebaute Netzwerke
- Verbindliche Kooperation
- Nutzungsmischung mit Querfinanzierung
- Akteurinnen und Akteure ‚profitieren' voneinander
- Vision, Willen
- Kümmerer
- Förderung (die sich nicht gegenseitig ausschließt, sondern kompatibel ist)
- Anreize schaffen
- Personelle Ressourcen (z.B. Hausmeister, Koordination)
- Innov. Bsp.: Finnland – digitales Buchungstool
- Flexible Raumnutzung bei Neubau → LWU
- Beziffern, was durch die Zusammenlegung von Nutzungen gespart werden kann
- Innenraumkonzepte
- Bezirksamt-Mitte hat Formular für Nutzung der Innenräume der Schule
- Beteiligung von Anfang an
- Ganzheitlicher Planungsansatz
- Ankermietende mitdenken
- Bedarfsabfrage frühzeitig andenken
- Nachnutzung wie Karstadt Müllerstr. / Aushandlung mit Eigentümer
- Formulare landesweit (Bsp.: Schulraumnutzung Bezirksamt Mitte)

HIER KÖNNEN DIE SENSTADT UND WEITERE VERWALTUNGEN EINE WICHTIGE ROLLE SPIELEN:

- Freiflächen mitdenken
- Geklärte Haftung
- „Möglichmacherinnen und Möglichmacher“ für integrierte Förderung → Rahmenbedingungen → gesetzliche Grundlagen
- Nutzungsvertrag / Wunsch: gleiche Regelung in allen Bezirken
- Informelle Austausch (geschützt) für MFN Akteure stärken
- Hausmeister
- Hotline für Rechtsberatung für Haftungsfragen / geklärte Haftung

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Dialogstation 5

SOZIALE INFRASTRUKTUR VON MORGEN PLANEN

Wie kann soziale Infrastruktur zukunftsfähig gestaltet werden? Gefragt sind neue Planungsansätze, flexible Angebote und passgenaue Lösungen für eine alternde, vielfältige Stadtgesellschaft im Wandel.

Impulse von:

MAJA ARLT UND ANNA-SOPHIE BRANDT,

Referat Gesamtjugendhilfeplanung, Finanzierung und Haushalt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF)

Input: Anforderungen und Herausforderungen einer gesamtstädtischen Fachplanung am Beispiel Kita

Maja Arlt und Anna-Sophie Brandt stellten die Anforderungen und aktuellen Herausforderungen einer gesamtstädtischen Fachplanung am Beispiel der Kindertagesstätten (Kita) vor. Für die Planung und Bereitstellung von Kitaplätzen gemäß dem Rechtsanspruch gibt es verbindliche Planungsgrundlagen wie die Bevölkerungsprognose und nur einen geringen zeitlichen Vorlauf. Sie erläuterten, wie mit dem aktuellen Geburtenrückgang umgegangen wird und wie eine flexible sozialräumliche Planung Familien, Kinder und Jugendliche unterstützt. Trotz einer seit etwa drei Jahren rückläufigen Nachfrage, zeigen Erfahrungen, dass sich dieser Trend wieder ändern kann. Das Instrument der Kitaentwicklungsplanung greift die bezirklich und regional sehr heterogene Entwicklung der aktuellen und zukünftigen Bedarfe auf. Eine weitere zentrale Frage besteht daher darin, wie Gebäude bedarfsgerecht und flexibel im Sinne von Zwischennutzungen angepasst werden können.

GUDRUN KOBS UND ULRIKE MILSTREY,

Bezirksamt Pankow

Input: Herausforderungen und Chancen der integrierten Infrastrukturplanung in Stadträumen - am Beispiel Pankow

Der zweite Vortrag beschäftigte sich mit den Herausforderungen und Chancen der integrierten Infrastrukturplanung in Stadträumen, am Beispiel Pankow. Pankow wächst derzeit stark, und die soziale Infrastruktur muss bedarfsgerecht mitwachsen muss. Gudrun Kobs und Ulrike Milstrey vom Bezirksamt Pankow behandelten die Frage, wie es gelingen kann, soziale Infrastruktur in Zeiten des Ressourcenmangels integriert zu planen und die unterschiedlichen Bedarfe der heterogenen Sozialräume und die Perspektiven verschiedener Fachämter zusammenzuführen. Hierzu geht Pankow einen neuen Weg und führt zwei bewährte Planungsinstrumente zusammen: die SIKo (Soziale Infrastruktur-Konzept) als quantitatives Instrument der Flächenvorsorge, Bedarfsermittlung und Investitionsplanung und die Bezirksregionenprofile (BZRP) als qualitatives sozialraumbezogenes Handlungskonzept. Diese Zusammenführung wird unter dem Titel Sozialraumstrategie derzeit für drei Bezirksregionen mit hohem Handlungsbedarf erprobt. Erkenntnisse aus diesem Vorgehen sind: die Zusammenführung quantitativer und qualitativer Instrumente erleichtert die strategische, integrierte Bedarfsplanung, Ressourcenmangel erfordert gemeinsame Prioritätensetzungen, der Prozess ist wichtiger als das konkrete Ergebnispapier. Das gemeinsame Ziel dieses Vorgehens ist Prioritätensetzung und Ressourcenbündelung. Für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und das Gelingen dieses Planungsansatzes ist eine Finanzierungsperspektive erforderlich.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

BERLIN

WAS WAREN DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER DISKUSSION

Aus beiden Vorträgen geht für das Planen der sozialen Infrastruktur von Morgen hervor: Berlin muss und kann genauer vorausschauen, muss noch flexibler auf Unvorhergesehenes reagieren, Bedürfnisse priorisieren und den Planungsprozess selbst in den Vordergrund stellen.

Die anschließende Diskussion bestätigte die zentralen Erkenntnisse aus den Vorträgen. Besonders betont wurde, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen den Fachplanungen wie zwischen den Bezirken und den Senatsverwaltungen notwendig ist. Es müsse gelingen, alle Lebensphasen – von der Kita bis zur Altenpflege – gemeinsam zu denken und entsprechend zu planen.

Flexible bauliche Lösungen erfordern auch ein anpassungsfähiges Baurecht. Einigkeit bestand zudem darüber, dass die Planung von Infrastruktur nicht ohne langfristige Finanzierungsperspektiven und politischen Rückhalt erfolgreich umgesetzt werden kann.

INNOVATIVE MASSNAHMEN:

- Quantitative Sicht aus SIKo und Qualitative Sicht der BZRP zusammengeführt
- Ämter-übergreifende Projekte
- Prioritätensetzung bei Ressourcenmangel → Synergien und Kooperation
- veränderte Haltung in einer modernen Verwaltung und Prozess des gemeinsamen Lernens
- Zusammenführung quantitative (SIKo) + qualitative (BZRP) Sicht
- Prioritätensetzung und Ressourcenbündelung
- Planungsinstrumente sollen verknüpft werden:
  SIKo & BZRP → soziales Infrastruktur- Konzept und BZRP
- interdisziplinäres Team / Ressortübergreifender
  Ansatz wird wirklich gelebt
- Fachverwaltungen evidenzbasierte Handlungsbedarfe aufzeigen
  → Toolkit
- Kinder und Altenpflege zusammen denken
- sozial besonders belastete Sozialräume werden genauer
  beleuchtet → Testregion
- 3 von 16 Bezirksregionen für genauere Betrachtung
  ausgewählt
- Prozess ist wichtiger als das Konzept!
  Braucht Zeit und Vertrauen
- Kirchen als Raumressourcen
- Linked Open Data für soziale Infrastruktur
  gerade bei Mehrfachnutzung
- baulich attraktive Angebote schaffen
- flexible Infrastrukturen zu planen, auch als Mehrfachnutzung
- mehr „Spielraum“ für die Planenden (Flexibilität)
- soziale Bedarfe sind gegebenenfalls nicht standortbezogen
  und können flexibel im Umkreis abgedeckt werden
- projektbezogene integrierte Planungsprozesse,
  weniger sektorales Denken
- Bürokratie abbauen / geteilte Verantwortung → Strukturen
- multifunktionale Räume / Gebäude / Flächenzuschnitte
- geteilte Verantwortung? (Mehrfachnutzung, MFN)
  finanziell & organisatorisch
- Not macht erfinderisch! (Prozess!)
- Gewerbe Mietpreisbremse (Herausforderungen in den
  kommenden Jahren für Soziale Infrastruktur (SI)
- Fachvermögen auflösen → in einen MFN-Pool
- Sinnvoll zu erfassen wieviel soziale Infrastruktur (Geld)
  in welche Liegenschafts- und Ortsregister (LOR) fließen
- mehr Gelder dort wo besonders Belastung der sozialen
  Infrastruktur auftritt, ähnlich wie ressortübergreifende Gesamt-
  investitionen Infrastruktur (GI), aber Betrachtung von
  Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und dem
  Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG)

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

ALS HERAUSFORDERUNGEN WURDEN U.A. GESEHEN:

- Pankow wächst um eine ‚Kleinstadt, → soziale Infrastruktur muss mitwachsen
- Platzbedarf muss zukünftig Bezirksübergreifend geplant werden
- schnell und kostengünstig auf veränderte Raumbedarfe eingehen
- Planung für die Kleinsten hat keine Vorlaufzeit
- in welchen Regionen werden Kita Plätze benötigt?
- Kinderzahlen gehen zurück → Auslastung Kitas geht zurück
- technische Ausstattung, insbesondere Datenbanken in Fachbereichen
- Abwanderung von Personal
- Ideen sind da, werden gekillt durch fehlende Finanzierung
- wie können bauliche Strukturen bedarfsgerecht angepasst werden? → Flexibilisierung
- Planungsgrundlagen sind unflexibel
- wo sind organisatorische Verschneidungen nötig für integrierte Finanzierungen?
- wer betreibt organisiert die MFN wer bezahlt das?
- Finanzielle Absicherung des Betriebs
- fehlender politischer Rückenwind
- Kinder / Jugend / Ältere Menschen als Konkurrenten?
- Ideen scheitern oft, für Ankauf und Betrieb des Gebäudes langfristige Sicherung von Ressourcen und Personal etc. nötig
- demographischer Wandel
- Flächenbedarf für Angebote beziffern
- Bevölkerungsprognose herausfordernd für Kitaplanung → nicht so flexibel
- Ideen sind da, aber wer kauft dann das Grundstück und finanziert Betrieb?
- Konflikt zwischen Senatsverwaltung und Bezirksamt → Zuständigkeitslücke unflexible Planungsgrundlagen
- Fachegoismen überwinden
- wirtschaftliche Herausforderung für Kita-Träger
- Wohnort =/= Lebensraum
- Mangel bei Finanzierung + Flächenzugriff
- Der SI-Prozess braucht Unterstützung durch den Gesetzgeber

STADT FORUM BERLIN
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

GELINGENSFAKTOREN:

- ressortübergreifende Finanztöpfe
- Planung der sozialen Infrastruktur braucht Finanzierungs-perspektive
- Ressourcenbündelung durch Bündelung der Planungsinstrumente
- Richtwerte müssen weiterentwickelt werden
- Sozialräumliche Kompetenz auf allen Ebenen / Schnittstellen
- Flexibleres Planungsrecht für soziale Infrastruktur (Vorgabe B-Plan)
- Flexibilisierung (Nutzbarkeit für unterschiedliche Ziel-gruppen) direkt bei Planung berücksichtigen
- (LAF und HSOG!) betrachten (besonderer Bedarf)
- 1.) besser in die Zukunft schauen, 2.) flexibel sein, 3.) priorisieren, 4.) nie fertiger Prozess
- Prozess ist wichtiger als Ergebnispapier → dauerhafter Prozess → Win-Win Situation
- zielorientierte Akteure: übergreifende Kommunikation von Anfang an
- politische Ehrlichkeit und Rückenwind
- bei Stadtentwicklung → FM Auftrag Schulamt → Machbarkeitsstudien → Investitionsprogramm
- Konstanter Austausch über (Finanzierungs-) Bedarfe für Abpassen günstiger Momente
- mehr Unterstützung für „junge Alte“
- Teilhabe!
- Politische Öffentlichkeit muss soziale Infrastruktur auf dem Schirm haben
- Handlungsdruck: begrenzte Ressourcen und Bevölkerungswachstum
- MFN-Zielgruppen übergreifend verstehen und umsetzen
- planerisch konzeptionell (Stadtplanung) = SIKo quantitativ; sozial sozial-räumliches Wissen = Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) qualitativ
- Standortuntersuchung +/- Bewertung/ Ursprung → wer kann das in Verwaltung? Stabsstelle neu in 2016
- Planungsgrundlagen müssen flexibler werden
- Personal
- Trägergebundene Beteiligungsprozesse
- Berlin: Bewerbung zur ‚Age Friendly Community‘ (WHO - Programm)
- Vernetzung ist wichtig! (Prozess)
- kurzer Draht über Ressorts hinweg
- Wege zwischen Infrastrukturen bei Mehrfachnutzung mitdenken

AKTEURE:

- 12 Jugendämter + Gesamthilfeplanung der SenBJF
- Finanzen und Haushaltsgesetz
- SenFin
- Alternde Bevölkerung
- Landeseigene Wohnungsbauunternehmen stärker einbinden
- Die Politik soll unbedingt die Planungsgrundlagen verstehen und die Umsetzungen ermöglichen
- Abgeordnetenhaus (AGH) muss tätig werden! 1.) integrierte Finanzierung, 2.) Mitwirkung + Planung

AUFTRAG SENSTADT UND WEITERE VERWALTUNGEN:

- Ressortdenken muss aufgebrochen werden (Wer? Wie?)
- Nachsorgende Strukturen mitdenken
- Wohnbaubeschleunigung ←→ § 34 Bau BGB → soz. Infrastruktur
- Zusammen mit den Bezirken Finanzierung für die Planung und Umsetzung von MFN-Projekten finden

RAHMENBEDINGUNGEN:

- Vertiefungsthemen: Flächensicherung, Mehrfachnutzung
- 260.000 Kinder in Kitas (Rechtsanspruch)
- Verbindliche Grundlagen für Kita-Planung (z.B. Bevölkerungsprozesse)
- Ressourcenknappheit als Chance, um Dinge zusammen zu denken
- rechtliche Verbindlichkeiten
- Denken und Handeln der Verwaltung muss sich verändern (ressortübergreifend)
- Wie soll Open Data in Berlin funktionieren, wenn kaum Stellenanteile zur Verfügung gestellt werden?
- Wir brauchen die ASOG-Liste!
- Braucht es einen „fachlichen Aufsichtsrat“ von Besitzern und SenStadt und die Wohnungsbaugesellschaften, um sicherzugehen, dass Fachinteressen gesamtstädtisch vertreten sind?!

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

PODIUMSDISKUSSION

Im Anschluss an die Dialogstationen berichtete jeweils eine Vertretende auf dem Podium von den zentralen Diskussionspunkten. Das von **Ricarda Pätzold**, Difu moderierte Podiumsgespräch zwischen **Uwe Machura**, SenASGIVA, **Janine Wolter**, Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Neukölln, **Dominique Sandten**, SenStadt, **Andy Hehmke**, Bezirksstadtrat für Schule, Sport und Facility Management Friedrichshain-Kreuzberg, **Mandy Adam**, Bezirksamt Mitte und, Senator **Christian Gaebler**, SenStadt machte deutlich, dass eine vernetzte Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure entscheidend für den Erfolg integrierter Quartiersentwicklung sei. Statt kleinteiliger Einzelförderungen sei eine verlässliche Grundausstattung notwendig, um insbesondere mit mobiler Stadtteilarbeit niedrigschwellige Zugänge für sozial benachteiligte Gruppen zu schaffen.

Ehrenamtliches Engagement wurde als wertvolle Ressource hervorgehoben, könne aber nur wirksam sein, wenn es durch hauptamtliche Strukturen gestützt wird. Dafür brauche es langfristige institutionelle Verankerung und stabile Rahmenbedingungen.

Als weitere zentrale Punkte wurden die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Bezirken benannt, insbesondere bei der Einbindung lokaler Initiativen und Ehrenamtlicher. Gute Praxisbeispiele zur Mehrfachnutzung von Einrichtungen sollten übertragen und weitergedacht werden. Aktuell fehle es oft an Ressourcen, Personal und einem ganzheitlichen politischen Verständnis – integriertes Denken sei in der Praxis noch zu selten.

Gefordert wurde zudem ein flexibler, prozessorientierter Planungsansatz, der Offenheit für neue Ideen zulässt. Strikte Wiederholungen bestehender Konzepte seien wenig zielführend. Ein vorausschauendes, strukturell eingebettetes Denken, das sowohl die inhaltliche als auch die organisatorische Vernetzung berücksichtigt, sei notwendig.

Zum Abschluss betonte Senator Christian Gaebler, dass bereits zahlreiche planerische Ansätze für eine integrierte Stadtentwicklung existieren – nun müsse der Fokus auf der konkreten Umsetzung liegen. Wesentlich sei auch die Fortschreibung der gemeinsamen Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung (SIIP), um die vielen parallellaufenden Aktivitäten in der Stadt sichtbar zu machen, zu bündeln und zu verstetigen.

Er unterstrich die Bedeutung von Austausch und voneinander lernen, um Synergien zu schaffen und gute Beispiele zu übertragen. Dabei formulierte er integriertes Denken und Arbeiten als klaren Anspruch für Verwaltung und Praxis.

Bezüglich der Finanzierung sei zu beachten, dass Projektförderungen meist befristet sind, weshalb es notwendig sei, frühzeitig den Übergang in eine institutionelle Förderung zu denken, um langfristige Wirkungen zu sichern. Diese Aufgabe sei gemeinsam in den Blick zu nehmen.

STADT FORUM BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

BERLIN